

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 260 (1981)

Artikel: Blick in die Welt
Autor: Bühner, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-376396>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick in die Welt

Von Dr. phil. Walter Bühner

I. Weltpolitischer Rückblick

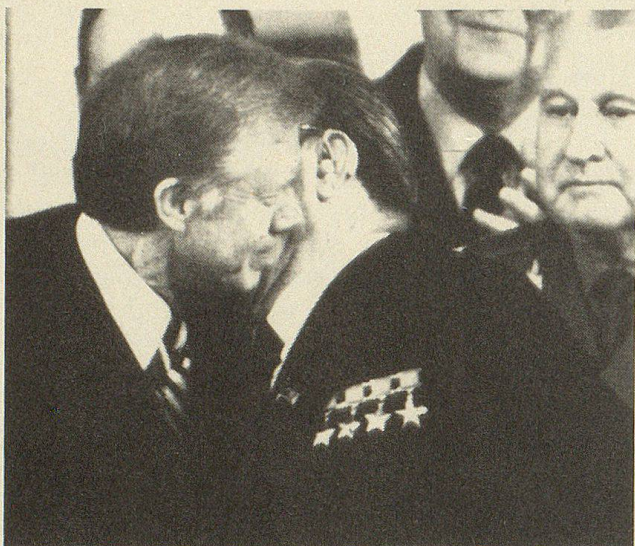
Niemals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat das weltpolitische Klima in so kurzer Zeit einen so jähen Barometersturz erlebt wie um die Jahreswende 1979/80. Schuld an dieser krisenhaften Entwicklung, die in der westeuropäischen Öffentlichkeit erstmals seit den frühen sechziger Jahren wieder eine gewisse Kriegsangst aufkommen liess, war einerseits der *sowjetrussische Überfall auf Afghanistan*, andererseits das *revolutionäre Chaos in Iran*, das in der monatelangen Besetzung der Teheraner US-Botschaft einen unheilvollen «Höhepunkt» erreichte. Ihre weltpolitische Bedeutung erhielten diese mittelöstlichen Vorgänge durch die geographische Nähe jener Rohstoffquellen, von denen unsere moderne Zivilisation in immer beängstigenderem Ausmass abhängt: Die *Bedrohung der Erdölfelder* am Ostrand der arabischen Halbinsel, in Irak und in Südpersien wie auch der Versorgungsleitungen durch den Golf nahm in den vergangenen zwölf Monaten sprunghaft zu, nicht nur durch das sowjetische Ausgreifen in Afghanistan (russische Soldaten sind bis auf 500 km an die strategisch wichtige Meerenge von Hormus am Ausgang des Persischen Golfes herangerückt) und den iranisch-amerikanischen Konflikt, sondern auch durch die Gefahr des Übergreifens der von Ayatollah Khomeiny entfesselten *Reislamisierungswelle* auf die mehrheitlich pro-westlich orientierten Ölländer Arabiens.

*

Der *Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan* kam selbst für politische Beobachter eher überraschend. Dennoch entbehrte er nicht einer gewissen Folgerichtigkeit. Schon Ende April 1978 hatte sich in dem zentralasiatischen Gebirgs- und Wüstenland eine entscheidende politische Wende vollzogen: Durch einen Staatsstreich — unter Mitwirkung des sowjetischen Geheimdienstes — waren in Kabul Politiker an die Macht ge-

langt, die Moskau treu ergeben waren. Trotz offiziellem Festhalten am Prinzip der Blockfreiheit hatte die afghanische Führung im Dezember 1978 einen Freundschafts- und Beistandspakt mit dem Kreml abgeschlossen. In ihrer Innenpolitik, vor allem bei ihrer Bildungsreform und Landenteignungen, waren jedoch die in Moskau geschulten Revolutionäre so rücksichtslos vorgegangen, dass sich die streng mohammedanische Bevölkerung dagegen bald zur Wehr zu setzen begann. Aufstände in allen Teilen des Landes liessen sich durch eine von Zerfallserscheinungen gezeichnete Armee je länger desto weniger unterdrücken. Als der Kreml Ende Dezember 1979 grünes Licht für die Besetzung Afghanistans gab, kontrollierten die «Rebellen» die meisten Provinzen. Die Russen begründeten ihr Eingreifen nach bewährtem Muster mit der angeblichen Anwesenheit ausländischer Provokateure und mit dem Argument der «Bruderhilfe» an eine befreundete Regierung — welch letzteres sie freilich dadurch entwerteten, dass sie den Präsidenten Hafizullah Amin umbringen und durch den Marionettenpolitiker Babrak Karmal ersetzen liessen.

Der Widerstand der afghanischen Freiheitskämpfer erwies sich — trotz unzureichender Waffen und Ausrüstung — als äusserst hartnäckig, und auch bezüglich der aussenpolitischen Konsequenzen schien sich der Kreml verkalkuliert zu haben: In der UNO-Vollversammlung erlitt die Sowjetunion eine umso schmerzlichere Schlappe, als auch der Gross- teil der Drittweltstaaten die Invasion in Afghanistan verurteilte. Hart reagierte die amerikanische Regierung, der im Geiseldrama von Teheran die Hände weitgehend gebunden blieben: Präsident Carter verhängte ein Embargo für Futtergetreide- und Technologieexporte in die Sowjetunion und kündigte an, die USA würden militärische Aktionen gegen die Staaten der Golfregion «notfalls mit gewaltsamen Mitteln» zurückschlagen, da dort «lebenswichtige Interessen» des Westens auf dem Spiel



Der Vertragskuss: US-Präsident Jimmy Carter und der sowjetische Staats- und Parteichef Breschnew küssen sich nach erfolgtem Salt-2-Abschluss.

Foto Keystone

stunden. Die Ratifikation des SALT II-Rüstungsbegrenzungsabkommens — Mitte Juni 1979 in Wien mit einem Bruderkuss zwischen Carter und Breschnew besiegelt — wurde auf unbestimmte Zeit vertagt, und schliesslich rief der amerikanische Präsident zu einem Boykott der Olympischen Spiele in Moskau auf (dem sich in der Folge mehr als 50 Nationale Olympische Komitees anschlossen, u. a. jene Kanadas, Japans und der Bundesrepublik Deutschland). Kein Wunder, dass sich die Beziehungen zwischen den beiden Supermächten in rapidem Tempo verschlechterten, zumal offizielle Gesprächskontakte fast völlig zum Erliegen kamen.

*

In Westeuropa wurden die amerikanischen Massnahmen gegen die Expansionspolitik der Sowjetunion zum Teil als «Überreaktion» empfunden. Die Suche nach einer gemeinsamen Antwort des Westens auf die östliche Herausforderung erwies sich als dornenreicher denn je zuvor: Während die Westeuropäer der Bewahrung ost-westlicher Zusammenarbeit hohe Priorität einräumten (nicht zuletzt aus Zweifeln am Verteidigungswillen der USA heraus), warnten die Amerikaner

vor der Illusion, in Europa angesichts des verstärkten weltpolitischen Wellengangs eine «Entspannungsinself» bewahren zu können. Immerhin rafften sich die NATO-Mitgliedsstaaten im Dezember 1979 zu einer Demonstration gemeinsamen politischen Willens auf: In Brüssel beschlossen die Aussen- und Verteidigungsminister die Produktion (und spätere Stationierung in Europa) von 572 amerikanischen Mittelstreckenraketen als Gegengewicht zur hektischen (Raketen-) Aufrüstung auf östlicher Seite. Für einmal blieb eine Propagandaoffensive des Kremls damit ohne Erfolg — nachdem Breschnew an den Feiern zum 30. Gründungstag der DDR in Ostberlin den Abzug von 20 000 der rund 400 000 Sowjetsoldaten und von 1 000 Panzern aus der DDR angekündigt hatte, um den sogenannten NATO-«Nachrüstungsbeschluss» zu hintertreiben.

Die Risse im Atlantischen Bündnis rührten freilich nicht nur von Meinungsunterschieden, sondern ebenso sehr von der Unberechenbarkeit der amerikanischen Aussenpolitik unter Carter her; symptomatisch etwa die Kehrtwendungen Washingtons in der Nahostpolitik, (so die von Carter widerrufenen Zustimmung zur Sicherheitsratsresolution gegen die israelische Siedlungspolitik oder die Entlassung des UNO-Botschafters Young nach eigenmächtigen [?] PLO-Kontakten) sowie der unglückselige Wirbel um die angebliche Stationierung einer sowjetischen Kampfbrigade auf Kuba (von Carter zunächst als «nicht akzeptabel» bezeichnet und schliesslich dennoch toleriert).

*

Zu einer eigentlichen Lähmung der amerikanischen Aussenpolitik und damit zu einem erschreckenden Vertrauensschwund in die globalstrategische Stärke der USA aber führten die Ereignisse in Iran. Weder der Sturz des Schahs noch die Errichtung einer Islamischen Republik hatten das Ende der Revolutionswirren bedeutet. Vielmehr setzte der greise Schiitenführer Khomeiny im Zeichen der «Rückkehr zum wahren Islam» eine tiefgreifende Kulturrevolution in Gang, die sich gegen alle westlichen Zivilisationseinflüsse wandte. Als hauptsächliche Sündenböcke wur-

den das «imperialistische» Amerika und das «zionistische» Israel ausersehen und der Volkswut preisgegeben — während sich die Teheraner Regierung gegenüber der sowjetischen Aggression im benachbarten Afghanistan auffallend zurückhaltend verhielt. Das von den iranischen Revolutionsbehörden geschürte anti-amerikanische Kesseltreiben gipfelte schliesslich in der *Besetzung der Teheraner US-Botschaft durch «islamische Studenten»*, nachdem Washington dem Ex-Schah die Einreise in die USA zur Behandlung seiner Krebserkrankung ermöglicht hatte.

Die Carter-Regierung reagierte auf den Terrorakt zunächst mit dem Stopp sämtlicher Öleinfuhren aus Iran sowie der Einfrierung iranischer Guthaben auf amerikanischen Banken, erzielte indessen damit ebenso wenig Wirkung wie der UNO-Sicherheitsrat und der Internationale Gerichtshof in Den Haag mit ihren Appellen für eine sofortige Freilassung der Geiseln. Auch monatelanges diplomatisches Feilschen um das Schicksal der 53 festgehaltenen Botschaftsangehörigen fruchtete

wenig; alle Initiativen scheiterten am Starrsinn Ayatollah Khomeinys. Als eine von Carter angeordnete militärische Befreiungsaktion fast sechs Monate nach Beginn des Geiseldramas fehlschlug, bestätigte sich, dass dem sinnlosen Geschehen von aussen her kaum ein Ende bereitet werden konnte. Der iranischen Revolutionsführung half der Konflikt mit den USA freilich, von den zahllosen innenpolitischen Problemen des Landes abzulenken, so vor allem von wirtschaftlichen Nöten und von Auseinandersetzungen zwischen der Zentralregierung und verschiedenen Volksgruppen am Rand des persischen Staatsgebietes.

*

Trotz der Wirren in Iran und der Drosselung der persischen Ölexporte blieb die *weltweite Ölversorgung* weitgehend gesichert; einzig in den USA kam es wegen Verteilungsschwierigkeiten vorübergehend zu Engpässen. Während die westlichen Industriestaaten die auf mehreren Konferenzen beschworenen Sparziele grossmehrheitlich verfehlten, kletterte der *OPEC-Basispreis* binnen Jahresfrist



HEILUNGER

Rheumasalbe

Fort mit Rheuma- und Arthritis-Schmerzen! HEILUNGER Rheumasalbe fördert die Durchblutung und hilft bei

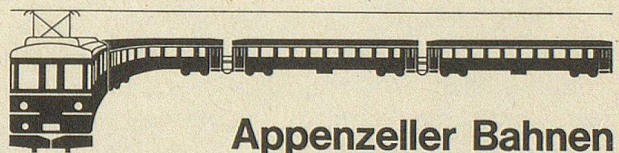
- Arthritis, Ischias, Rheumatismus,
- Hexenschuss, Neuralgien,
- Muskelschmerzen, Gelenkrheuma.

Nur einreiben. Leichtes Rötten der Haut ohne zu brennen. Dringt sofort ein und durchwärmt! Schmiert nicht, ist fast **geruchlos!** Auch für empfindliche Haut. **Grosse Tube Fr. 6.30.** Erhältlich in Apotheken und Drogerien.



HEILUNGER

Rheumasalbe



Appenzeller Bahnen

Gossau - Herisau - Appenzell - Wasserauen (AB)
St.Gallen - Gais - Appenzell / Altstätten SG (SGA)

Ihr nächster Ausflug - mit der Bahn ins Appenzellerland

Ausflugs- und Rundfahrtbillette

Für Gesellschaften, Firmen und
Vereine

Extrafahrten mit dem AB-Dampfzug

Werbedienst AB/SGA 9100 Herisau
Telefon 071 51 10 60

von knapp 15 Dollar auf über 30 Dollar (auf den freien Märkten wie in Rotterdam wurden zeitweise gar Spitzenpreise von gegen 45 Dollar je Barrel geboten). *Saudi-Arabien* als grösstem Erdölexporteur gelang es zwar, durch vorübergehende Erhöhung der eigenen Förderung eine neue (weltweite) Energiekrise zu verhindern; erstmals vermochten die Saudis jedoch ihre vergleichsweise gemässigten Preisvorstellungen im Rahmen der OPEC nicht mehr durchzusetzen. Weltpolitisch bedeutsamer vielleicht noch: die *Besetzung des Hauptheiligtums der islamischen Welt in Mekka* durch fanatische Moslems (am ersten Tag des 15. Jahrhunderts der islamischen Zeitrechnung) offenbarte schonungslos die innenpolitischen Schwachstellen im saudischen Königreich. Obschon die Hintergründe der Besetzungsaktion nie vollständig aufgedeckt wurden, scheint es sich um ein (von der iranischen Revolution inspiriertes?) Aufbegehren gegen das unaufhaltsame Eindringen westlicher Zivilisationselemente gehandelt zu haben. Auch auf aussenpolitischem Gebiet ist das von 3 000 Prinzen regierte Land heute exponierter denn je: Die Zusammenarbeit mit dem Westen ist wegen der aktiven Unterstützung Israels durch die USA nicht unproblematisch, während andererseits Süd-jemen — von der Sowjetunion zu einem waffenstarrenden Bollwerk ausgebaut — für das Wüstenkönigreich eine wachsende Bedrohung darstellt.

*

Wer nach Präsident Sadats Jerusalem-Reise (November 1977), den Vereinbarungen von Camp David (September 1978) und dem Abschluss des israelisch-ägyptischen Friedensvertrags bereits die Lösung des *Nahostkonfliktes* in Sichtweite wähnte, sah sich in seinen Erwartungen getäuscht: Zwar hatte Ägypten als militärisch stärkster arabischer Staat mit dem Judenstaat Frieden geschlossen (und dafür die Sinai-Halbinsel und dessen Ölquellen zurückerlangt); die Kernfragen blieben jedoch ungelöst, nämlich das *Palästinenserproblem* und die Zukunft der von Juden wie Arabern beanspruchten Stadt *Jerusalem*. Während die USA und Ägypten «Camp David»

+ CONGO-SALBE

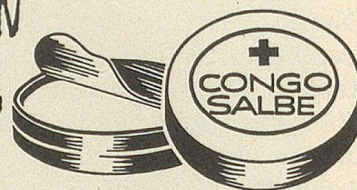
heilt Schürfungen, Kratzwunden, gesprungene Lippen, verkrustete Wunden, Fieberbläschen, Wundröte der Säuglinge, rauhe und aufgesprungene Hände, Sonnenbrand, Wolf, wunde Füsse, unreine Haut und Wundliegen.



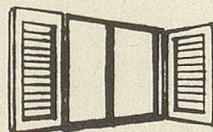
Congo-Salbe für die Wundpflege

Sie ist schneeweiss und beschmutzt weder Wäsche noch Kleider.

Dose Fr. 3.50



Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien



Aluminium-Fensterladen

- Als Ersatz für Holzläden
- Wetterfest, inkl. Pat.-Beschlügen, einbrenn-lackiert
- Profile mit und ohne Anschlag
- Stabil, Ecken stumpfgeschweisst
- Fachgerechte Beratung und Montage
- Preiswertes Schweizer Produkt
- Sowie alle übrigen Türen-, Fenster- und Schlosserarbeiten

Aluminium-Jalousieläden

**TONI DÖRIG
METALLBAU**

9205 Waldkirch
Tel. 071 98 11 10



bestenfalls als ersten Schritt auf den langen Weg zu einer umfassenden Nahostlösung betrachten, scheint Israel das Abkommen gleichsam als Blankoscheck für die fortdauernde Besetzung Westjordanis und des Gazastreifens aufzufassen: In geradezu provokativer Absicht wurden neue jüdische Siedlungen errichtet — eine Politik, die Aussenminister Dayan schliesslich mit dem Rücktritt quittierte und die mehrmals zu ernststen Verstimmungen im überaus labilen Verhältnis zu Ägypten führte. Auch im Westen schwand das Verständnis für die ultranationalistische Politik Israels zusehends dahin; die Folgen waren verschiedene aufsehenerregende Erfolge der *Palästinensischen Befreiungsorganisation* auf diplomatischer Ebene, so in Wien und Madrid, wo die PLO offizielle Anerkennung als Vertreterin des palästinensischen Volkes fand.

*

Ob 1979/80 die Grundlagen zu einem weiteren «Palästinenserproblem» gelegt wurden, lässt sich heute kaum vorhersagen; möglich ist es indessen: denn die *Massenflucht verfolgter und unterdrückter Indochinesen* aus ihren 1975 kommunistisch gewordenen Heimatländern wuchs sich zu einer der grössten Tragödien seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges aus. Hunderttausende suchten auf wenig seetauglichen Booten den Weg in die Freiheit; dem südvietnamesischen «Kerker» entflohen, fanden nicht wenige den Ertrinkungstod im Südchinesischen Meer. Andere überquerten unter Lebensgefahr den Mekong, um sich aus Laos abzusetzen. Zum Wendepunkt wurde Mitte Juli 1979 eine von der UNO organisierte Flüchtlingskonferenz in Genf: Während Vietnam sich verpflichtete, den Flüchtlingsstrom einzudämmen, erklärten sich die an der Konferenz beteiligten Staaten und Organisationen bereit, 260 000 Flüchtlingen Asyl zu gewähren.

Unvorstellbare Leiden musste auch das *kambodschanische Volk* auf sich nehmen. Die der Hölle der Roten Khmer entronnenen Menschen sahen sich nun — als Folge anhaltender Kämpfe zwischen der vietnamesischen Besatzungsmacht und Guerillaverbänden — vom Hungertod bedroht. Gegen eine Million



Ein gekentertes Boot vor der Küste von Malaysia mit vietnamesischen Flüchtlingen. Foto Keystone

Kambodschaner suchten entlang und jenseits der Grenze zu Thailand Zuflucht, wo sie von internationalen Hilfswerken betreut wurden. Gleichzeitig organisierten IKRK und Unicef trotz unzähliger administrativer Hindernisse seitens des Heng-Samrin-Regimes eine Luftbrücke von Bangkok nach Phnom Penh und trugen so bei, das kambodschanische Volk wenigstens vor dem Aussterben zu bewahren. Eine politische Lösung blieb freilich in weiter Ferne, zumal dem von Vietnam eingesetzten Statthalter-Regime ausserhalb des Ostblocks die diplomatische Anerkennung versagt blieb und sich Hanoi hartnäckig weigerte, einer politischen Lösung (im Sinne der Aufnahme nichtkommunistischer Kräfte in die Regierung oder der Rückkehr Prinz Sihanouks aus dem Exil in Peking) zuzustimmen.

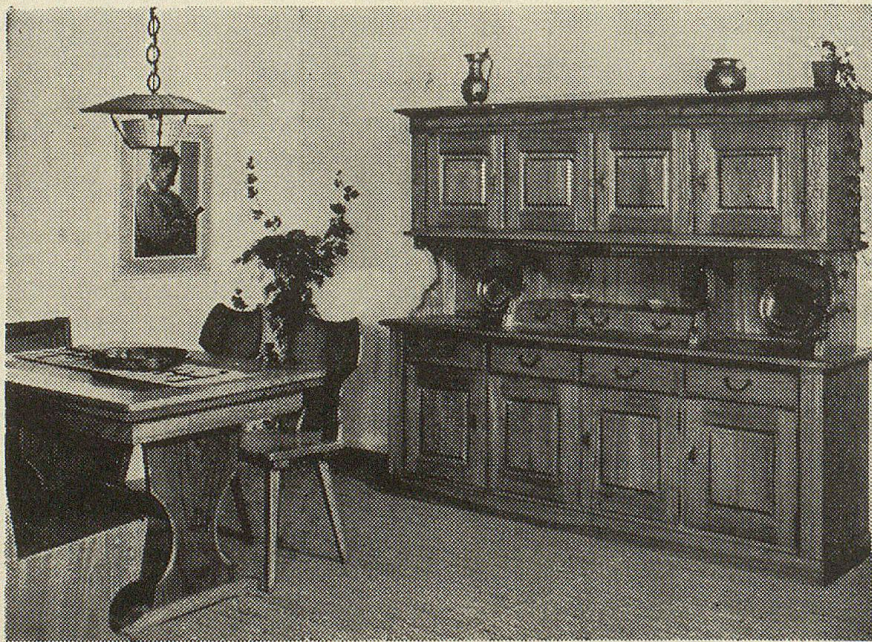
*

Eine politische Lösung wurde indessen nach siebenjährigem Buschkrieg in *Zimbabwe* (Rhodesien) möglich. Anfangs August 1979 stimmte die Commonwealth-Konferenz in Lusaka ziemlich überraschend einem Friedensplan zu, der u. a. eine neue Verfassung

und die Durchführung von Wahlen unter britischer Aufsicht vorsah. An einer vom britischen Aussenminister Carrington geleiteten Allparteienkonferenz gelang es dann nach mühsamen Verhandlungen, einen Waffenstillstand zwischen den Bürgerkriegsparteien zu vereinbaren. Überraschend schliesslich auch das Ergebnis: absolute Mehrheit für die Partei Robert Mugabes, jenes Politikers, der sich der weissen Minderheits Herrschaft am konsequentesten widersetzt hatte. Allen Befürchtungen zum Trotz gab sich der «Marxist» Mugabe versöhnlich, namentlich gegenüber den rund 200 000 in Zimbabwe verbliebenen Weissen, die für das weitere Gedeihen der (kriegsgeschädigten) Wirtschaft unentbehrlich sein werden. Im April 1980 wurde das Land unter grosser Anteilnahme der Weltöffentlichkeit in die Unabhängigkeit entlassen. Damit konnte endlich ein Schlussstrich unter ein besonders düsteres Kapitel der Entkolonisierungsgeschichte gezogen werden.

Daneben blieb der Schwarze Kontinent jedoch Schauplatz verschiedener blutiger Kriege: In den ehemals von Spanien beherrschten Sahara-Gebieten kämpfte die von Algerien und Libyen unterstützte Polisario-Bewegung um nationale Rechte gegen Marokko, welches sich die phosphatreichen Wüstenzonen nach dem Abzug der Spanier und dem Verzicht Mauretaniens einverleibt hatte; im Tschad dauerten die Auseinandersetzungen zwischen (islamischem) Norden und (christlichem) Süden fort, wobei sowohl Frankreich als auch Libyen am Konfliktgeschehen aktiv mitmischten.

Im übrigen erlebte Afrika binnen wenigen Monaten drei Tyrannenstürze: im April 1979 setzten tansanische Truppen der Blutherrschaft Idi Amins in Uganda ein Ende; im August wurde in Äquatorial-Guinea der Diktator Macias Nguema gestürzt, und im September verlor in Zentralafrika der selbst-



Handwerkliche MÖBEL

in unserer grossen
Ausstellung finden
Sie bestimmt das
Passende.

Jakob Frischknecht

Polsterei und Möbelgeschäft
9107 Urnäsch Telefon 071 58 11 57

ernannte Kaiser und Kindermörder Bokassa I. seinen Thron.

*

Ein geräuschvoller Tyrannensturz auch in Zentralamerika: Nach wochenlangem Bürgerkrieg, in dessen Verlauf Diktator Somoza gar die eigene Hauptstadt hatte bombardieren lassen, kam es in *Nicaragua* zum längst erwarteten Machtwechsel — nachdem zuletzt selbst Washington dem Regime die Unterstützung entzogen hatte. Die weitere Entwicklung Nicaraguas nach der Machtübernahme durch die Sandinistische Befreiungsfront schien jedoch bald jenen Pessimisten recht zu geben, welche die Entstehung eines zweiten «Kubas» befürchteten. Viel politische Gewalt ebenfalls in der Republik *El Salvador*, wo sich eine Junta liberaler Offiziere vergeblich darum bemühte, ein weitgehendes Reformprogramm (u. a. eine radikale Bodenreform) gegen den Widerstand von Links- und Rechtsextremisten durchzusetzen. Auch das kommunistische *Kuba* unter Castro büsste viel von seiner einstigen Vorbildlichkeit für Revolutionäre in aller Welt ein: Die Massenflucht von Zehntausenden per Boot in die USA enthüllte das wahre Ausmass von Elend und Unterdrückung unter kommunistischer Zwangsherrschaft.

*

Von den weltpolitischen Krisen blieb der *Alte Kontinent* weitgehend verschont; allerdings sahen sich die westeuropäischen NATO-Staaten mehr als einmal (z. B. in der Frage des Olympia-Boykotts) vor die heikle Wahl zwischen Fortführung einer zunehmend ausgehöhlten «Entspannungspolitik» oder Solidarität mit dem transatlantischen Bündnispartner gestellt. Auch bei den von den USA befürworteten Sanktionen gegen Iran machten die EG-Länder nur halbherzig mit. Zweifellos verstärkten die Krisen um Iran und Afghanistan das gegenseitige Misstrauen zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten. Symptomatisch für das gestörte Verhältnis war beispielsweise das Treffen Giscard d'Estaings mit Breschnew in Warschau (Mai 1980), über welches selbst die engsten Verbündeten Frankreichs erst kurz vorher informiert worden waren.

Aus der Fülle politischer Ereignisse seien abschliessend die bedeutsamsten kurz herausgegriffen:

- Nach einem drei Monate währenden Todeskampf starb *Marschall Tito*, der seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges Einheit und Unabhängigkeit des jugoslawischen Vielvölkerstaates verkörpert hatte.
- *Italiens* Kommunisten erlitten bei Neuwahlen im Frühsommer 1979 eine empfindliche Schlappe, die die Hoffnungen auf eine Regierungsbeteiligung (vorläufig?) zunichte machte; es dauerte indessen fast ein Jahr, bis das von Terror und wirtschaftlichen Nöten geplagte Land durch eine Neuauflage des «*Centro sinistra*» (Koalition zwischen Christdemokraten, Sozialisten und Republikanern) wieder eine tragfähige Regierungsmehrheit erhielt.
- *Schwedens* Stimmbürger lehnten eine Stilllegung ihrer sechs bestehenden Kernkraftwerke ab und sprachen sich für die Weiterführung ihres (gemässigten) Programms zur friedlichen Nutzung der Atomkraft aus.
- In *Grossbritannien* wurde die Labour-Regierung unter James Callaghan von einem konservativen Kabinett unter Margaret Thatcher abgelöst, welches unverzüglich «Austerity»-Massnahmen zur Sanierung der britischen Wirtschaft in die Wege leitete.
- Die *bundesdeutsche CDU/CSU* erkor den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauss zu ihrem Kanzlerkandidaten im Hinblick auf die Bundestagswahlen vom November 1980.

Hüt
choch ich
öppis guets



Frischeier-
Teigwaren

Ernst

II. Innenpolitische Chronik

«Es bleibt alles beim alten» — so oder ähnlich lauteten die Zeitungskommentare nach den *Eidgenössischen Wahlen vom 21. Oktober 1979*. In der Tat waren die Sitzverschiebungen zwischen den Parteien einmal mehr gering gewesen: Die Freisinnig-Demokratische Partei erhöhte ihren Stimmenanteil um 1,9 auf 24,1 Prozent. Die Schweizerische Volkspartei, deren Stimmenanteil vor vier Jahren unter 10 Prozent gefallen war, steigerte sich um 1,7 Prozent. Die Sozialdemokratische Partei und die Christlichdemokratische Volkspartei erzielten mit 24,4 und 21,5 Prozent annähernd den selben Stimmenanteil wie 1975. Bei den übrigen Parteien ging der Krebsgang des Landesrings (2,0 Prozent weniger) und der Republikaner (2,3 Prozent weniger) weiter, während die Liberalen in der Westschweiz ihre Position ausbauen und die Progressiven Organisationen erstmals in den Nationalrat einziehen konnten.

Besuchen Sie in Trogen

Café-Conditorei Ruckstuhl

Telefon 071 94 11 73

Schöner Garten
diverse Glace-Spezialitäten

Spezialität:
Appenzeller Biber
Prompter Postversand

Nationalrat

Für die Legislaturperiode 1979 bis 1983 ergab sich im Nationalrat folgende Sitzverteilung nach Parteien:

	1979	1975	+ / —
FDP	51	47	+4
CVP	44	46	—2
SPS	51	55	—4
SVP	23	21	+2
LdU	8	11	—3
Liberalen	8	6	+2
EVP	3	3	—
NA	2	2	—
REP	1	4	—3
PdA	3	4	—1
Übrige	6	1	+5

Ständerat

Die Sitzverteilung im Ständerat nach Abschluss der Nachwahlen lautet wie folgt:

	1979	1975	+ / —
CVP	18	17	+1
FDP	11	15	—4
SPS	9	5	+4
SVP	5	5	—
Liberalen	3	1	+2
LdU	0	1	—1
	46	44	

Erstmals seit der Einführung des Proporzes bei den Nationalratswahlen im Jahr 1919 lag die *Stimmbeteiligung unter 50 Prozent* (genau: bei 47,9 Prozent). Die Meinungen über die Gründe gingen auseinander: War es ein generelles Desinteresse am politischen Geschehen, das Gefühl, es werde sich ja ohnehin wenig ändern, welches die Stimmbürger vom Urnengang abhielt? Oder spiegelte sich in der geringen Stimmbeteiligung nicht vielmehr eine grundsätzliche Zufriedenheit der Eidgenossen mit dem Lauf der Dinge? Wie dem auch sei: Die unvermindert *grosse Zahl hängiger Volksbegehren* deutet jedenfalls darauf hin, dass auch in unserem Land eine Fülle

von Problemen und Problemchen einer Lösung harren. Im zu beschreibenden Zeitabschnitt (Mai 1979 bis Mai 1980) wurden folgende Initiativbegehren neu eingereicht oder angekündigt: eine Volksinitiative «für einen einheitlichen Schuljahresbeginn» (FDP), eine Banken- und eine Ferieninitiative (SPS und SGB), ein Volksbegehren «gegen den Ausverkauf der Heimat» (Nationale Aktion), eine Initiative «gegen das Lädelersterben» (Republikaner), eine Medieninitiative (Landesring) sowie eine Energie- und eine neue Atominitiative (AKW-Gegner, linke Parteien, Umweltschützer). Zurückgezogen wurde ein vom Parlament abgelehntes Volksbegehren «gegen den Strassenlärm»; von Volk und Ständen klar verworfen wurde schliesslich die Initiative «zur vollständigen Trennung von Staat und Kirche».

*

Hoch — mit 65,4 Prozent Nein-Stimmen — verweigerten Volk und Stände zum zweiten Mal der Einführung der *Mehrwertsteuer* (diesmal mit einem Höchstsatz von 8 Prozent) bei gleichzeitiger Neuordnung der Wehrsteuer die Zustimmung. Der Souverän gab damit der Auffassung unmissverständlich Ausdruck, dass eine *Sanierung der Bundesfinanzen* in erster Linie durch zusätzliche Einsparungen gesucht werden müsse. Dieser Grundstimmung in der Bevölkerung versucht das vom Bundesrat den Eidg. Räten vorgelegte neue *Sparpaket* Rechnung zu tragen, das eine Reduktion sämtlicher Bundessubventionen um 10 Prozent sowie eine Senkung der Kantonsanteile an den Bundessteuern vorsieht. Andererseits sollen durch eine Ausdehnung der Warenumsatzsteuer auf die Energieträger sowie der Einführung einer Schwerverkehrsabgabe und eventuell von Bankkundensteuern gewisse Mehreinnahmen beschafft werden. All diese Massnahmen sind umso notwendiger und dringlicher geworden, als die Jahresdefizite der Eidgenossenschaft inzwischen eine Höhe von 1,5 Milliarden Franken erreicht haben.

*

Nicht übersehen lässt sich, dass von wachsenden Fehlbeträgen der öffentlichen Hand inflationäre Tendenzen ausgehen, namentlich durch steigende Zinssätze infolge zusätzlicher

Beanspruchung der Kapitalmärkte. In der Tat kletterte die *Teuerungsrate* mittlerweile auch in der Schweiz wieder auf über 4 Prozent, teilweise angekurbelt durch die jüngsten Erdölpreissteigerungen. Aufatmen konnte dagegen die schweizerische Exportindustrie, da sich der Höhenflug des Schweizer Frankens nicht mehr im selben Masse wie in den Vorjahren fortsetzte. Es war deshalb nur natürlich, dass sich die Nationalbank wieder mit vorrangiger Priorität der Teuerungskämpfung zuwandte, nachdem im Zeichen währungspolitischer Abwehrmassnahmen jahrelang die ursprünglich gesetzten Geldmengenziele überschritten worden waren. Gesamthaft hatte die *Schweizer Wirtschaft* ein gutes Jahr; sowohl der soziale Frieden als auch die Vollbeschäftigung konnten bewahrt werden.

*

Unter den Engpässen im Bundeshaushalt hatte namentlich die *Armee* zu leiden. Zwar genehmigten die Eidgenössischen Räte im Rahmen des Rüstungsprogramms 1979 die Anschaffung von 207 Panzerhaubitzen (M-109) sowie von weiteren 225 Schützenpanzern (M-113) — freilich erst, nachdem im Ständerat (u. a. vom Ausserrhoder Standesvertreter Baumberger) heftige Kritik an der vom EMD



Panzer 68

Foto Keystone

ausgearbeiteten Botschaft und am Geschäftsbahnen der amerikanischen Lieferfirma geübt worden war. Andererseits musste ein so dringliches Anliegen wie die Beschaffung des britischen Flab-Lenkwaffensystems «Rapier» um ein Jahr zurückgestellt werden, weil das Geld fehlte. Ebenfalls auf der «Warteliste» gemäss Armee-Leitbild 80: Gepanzerte Gegenschlagsmittel für die Felddivisionen und Infanterie-Regimenter, weitere Panzerabwehrmittel («Dragon») für die Infanterie, Kampf- und Transporthelikopter, allenfalls ein neues (leichteres) Sturmgewehr.

Mehr noch als die zahlreichen klaffenden Lücken bei der Rüstungsbeschaffung haben in der Berichtsperiode Probleme unserer Panzer zu Sorgen um die Einsatzbereitschaft der Schweizer Armee Anlass gegeben: Als im Juni 1979 der Waffenchef der Mechanisierten und Leichten Truppen, Divisionär Haener, die Kriegstauglichkeit des *Schweizer Panzers* 68 in Frage stellte und einen sofortigen Produktionsstopp verlangte, traf dies Behörden und Bevölkerung wie ein Schock. Eine vom Nationalrat eingesetzte Untersuchungskommission bestätigte die dem Pz 68 innewohnenden Systemmängel, sprach ihm indessen die Kriegstauglichkeit nicht vollständig ab. Nicht zuletzt wegen der Probleme um den Pz 68 beschloss der Bundesrat, im Hinblick auf die Beschaffung eines Panzers für die neunziger Jahre den «sicheren Weg» einzuschlagen: den des Lizenzbaus eines erprobten ausländischen Panzers; im Vordergrund stehen der deutsche «Leopard 2» und der amerikanische «XM-1».

*

Die Affäre um den Panzer 68 war sozusagen das letzte Amtsgeschäft, mit welchem sich *Bundesrat Rudolf Gnägi* zu befassen hatte. Nachfolger an der Spitze des EMD wurde *Bundesrat Georges-André Chevallaz*, der seinerseits das Finanz- und Zolldepartement an *Bundesrat Willy Ritschard* abtrat. Neu in die Landesregierung gewählt wurde im Dezember 1979 der Bündner Ständerat und ehemalige Preisüberwacher *Leon Schlumpf*, dem die Ressorts «Verkehr» und «Energie» übertragen wurden. In beiden Bereichen harren umfangreiche «Gesamtkonzeptionen» ihrer Verwirk-

lichung. Vordringlich sind insbesondere Weichenstellungen im *Energiesektor*, in welchem die Schweiz zu rund 75 Prozent vom Ausland abhängt. Erfreulicherweise hat sich die Diskussion im Laufe der vergangenen zwölf Monate stark versachlicht, namentlich in der AKW-Frage; dies dürfte insbesondere mit der Revision des Atomgesetzes zusammenhängen, der die Stimmbürger im Mai 1979 zugestimmt hatten. Der darin geforderte Bedarfsnachweis muss nun speziell für die geplanten und umstrittenen Kernkraftwerke Kaiseraugst und Graben erbracht werden.

Als Folge der Verwerfung des sogenannten «Zeitgesetzes» in der Referendumsabstimmung (1978) ist die Schweiz im Sommer 1980 im europäischen Rahmen zu einer «*Zeitinsel*» geworden — nachdem sich sowohl Österreich als auch die Bundesrepublik Deutschland entschlossen hatten, ihre Uhren während der Sommermonate um eine Stunde vorzustellen. Eine vom Bundesrat im Herbst 1979 den Eidg. Räten in aller Eile vorgeschlagene Gesetzesänderung fand beim Nationalrat keine Gnade; mit einigem Recht stellte sich die Kleine Kammer auf den Standpunkt, dass ein derartiger Schritt eine Missachtung des in der Referendumsabstimmung bekundeten Volkswillens bedeuten würde. Eine Angleichung an unsere europäischen Nachbarn wird deshalb frühestens im Sommer 1981 möglich sein!

Schliessen wir mit einem Kapitel, das unserem Land und seiner Bevölkerung gewiss zur Ehre gereicht: die Aufnahme einiger tausend *Indochina-Flüchtlinge*. Das Schicksal der aus Vietnam vertriebenen und geflohenen «Bootsmenschen» sowie der Hunderttausenden von Kambodscha-Flüchtlingen löste im Sommer 1979 in der ganzen Schweiz eine Grundwelle des Mitgefühls aus. Eine Sammelaktion der Hilfswerke erbrachte binnen kürzester Zeit die Summe von 15 Mio Franken, und der Bundesrat gab für 1979 und 1980 für die Aufnahme von je 3000 Indochina-Flüchtlingen grünes Licht. In zahlreichen Dörfern und Städten kümmern sich heute freiwillige Helfer um diese Neuankömmlinge, die sich hierzulande unter völlig andersgearteten Verhältnissen zurechtzufinden haben.